



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/israel-court-nso-case-behind-closed-doors/News>

NEWS

16. Januar 2020, 21:41 UTC

ISRAEL:

Gericht beschließt Fall gegen NSO hinter verschlossenen Türen zu verhandeln

Nachdem der Bezirksgerichtshof von Tel Aviv entschieden hatte, die Verhandlung eines Rechtsstreits um den Widerruf der Exportgenehmigung für den Spionagesoftware-Hersteller NSO-Gruppe hinter verschlossenen Türen durchzuführen, sagte Danna Ingleton, die stellvertretende Leiterin von Amnesty Tech:

„Israels Verteidigungsministerium versucht wieder einmal, sich dem grellen Licht und den prüfenden Blicken der Öffentlichkeit zu entziehen, während die eisige Hand der Spionagesoftware der NSO-Gruppe das Leben von Menschenrechtsaktivisten auf der ganzen Welt gefährdet. Es liegt auch weiterhin eindeutig im öffentlichen Interesse, dass dieser Fall nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt wird und wir hoffen weiter darauf, dass die Informationen aus der Verhandlung ihren Weg in die Öffentlichkeit finden.“

„Die heimelige Komplizenschaft zwischen den Regierungen und der undurchsichtigen Überwachungsindustrie muss ein Ende finden. Wir werden auch weiterhin keine Mühe scheuen um sicherzustellen, dass die invasiven Produkte der NSO-Gruppe nicht länger dafür benutzt werden können, rund um den Globus Menschenrechtsverletzungen zu begehen.“

Gil Naveh, Sprecher der israelischen Sektion von Amnesty International, fügte hinzu:

„Leider ist dies bei Fällen, die mit Überwachungsfragen verbunden sind, schon fast zur Routine geworden, aber Spionagesoftwarefirmen dürfen nicht über jede Kontrolle erhaben sein, erst recht nicht, wenn weitläufige Beweise für den Missbrauch ihrer Produkte vorliegen. Über die Praktiken der NSO-Gruppe ist weltweit berichtet worden und die Öffentlichkeit sollte nicht darüber im Unklaren gelassen werden. Wir werden das Urteil des Gerichts in diesem Fall gründlich prüfen und unsere nachfolgenden Schritte entsprechend ausrichten.“

HINTERGRUND

Am Donnerstag, dem 16. Januar 2020 begann ein Richter des Bezirksgerichtshofs Tel Aviv mit der Anhörung der Argumente, die dafür sprechen, dass das israelische Verteidigungsministerium (Ministry of Defence – MoD) die Exportgenehmigung der NSO-Gruppe zurückziehen sollte. Die PEGASUS-Software der Firma wird dazu benutzt, Journalisten und Aktivisten rund um den Globus, beispielsweise in Marokko, Saudi Arabien, Mexiko und in den Vereinigten Arabischen Emiraten ins Visier zu nehmen.

Zu Beginn der Verhandlung gab der Richter einem Antrag des Verteidigungsministeriums statt, den Prozess aus Gründen der nationalen Sicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen.

Dieses Gerichtsverfahren wird von ungefähr 30 Mitgliedern und Unterstützern der israelischen Sektion von Amnesty International und anderen Personen aus der Menschenrechtsgemeinde betrieben und soll Israels Verteidigungsministerium dazu zwingen, die Exportgenehmigung der NSO-Gruppe zurückzuziehen. Amnesty International unterstützt das Verfahren im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit dem Bernstein-Institut für Menschenrechte der School of Law und der Global Justice Clinic der Universität New York (NYU).